

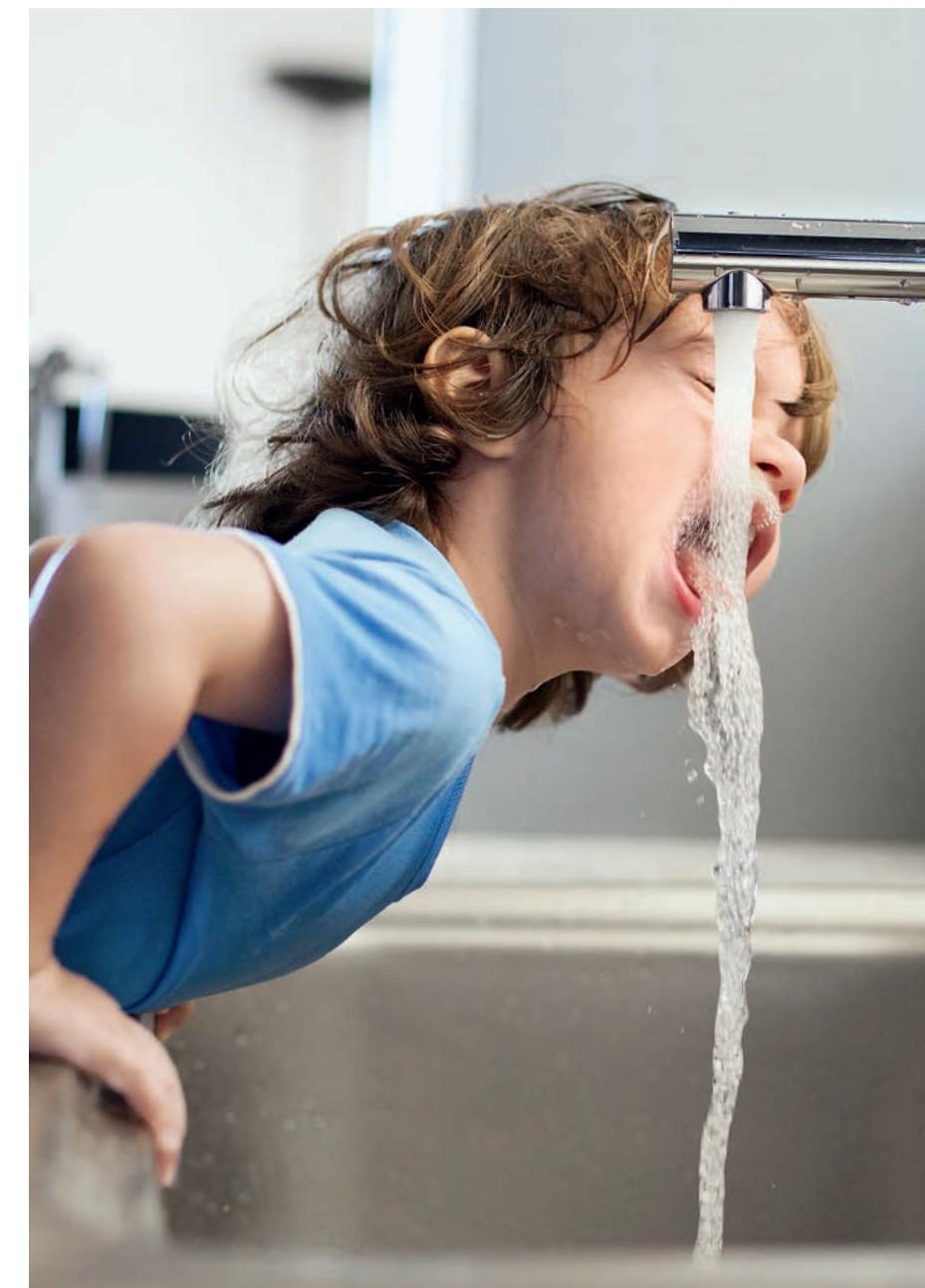
Bauern gegen sauberes Trinkwasser

Pestizide bedrohen das Trinkwasser. Wasserwerke und Umweltschützer fordern ein Pestizidverbot neben Trinkwasseranlagen. Die Bauern wehren sich dagegen.

Rund um Anlagen zur Trinkwassergewinnung ist fast alles verboten: Baustellen, Parkplätze, Misthaufen, Futtersilos, Baumschulen, Reben, Gemüsebeete, Sport- und Schiessanlagen, Golfplätze und Friedhöfe. Niemand darf Schweine halten oder Gülle ablassen.

Nur eines ist erlaubt: Bauern dürfen in unmittelbarer Nähe zu den Trinkwasseranlagen Pestizide verspritzen. Das Bundesamt für Landwirtschaft untersagt bloss den Einsatz von 20 bestimmten Pestiziden – und lässt gleichzeitig den Einsatz von 240 anderen zu.

Die Wasserversorger wollen das ändern. Der Schweizerische Verein des Gas- und Wasserfaches fordert ein Totalverbot für Pestizide in



GETTY

Hahnenwasser: Enthält oft hohe Mengen Pestizidrückstände

der sogenannten Grundwasserschutzzone S2. Diese Zone bezeichnet die letzte Wegstrecke, die das Grundwasser bis zur Trinkwasserfassung zurücklegt. In S1-Zonen, den eigentlichen

Trinkwasserfassungen, sind Pestizide untersagt. Laut dem Verband besteht beim Einsatz von Pestiziden auch in der Zone S2 die grosse Gefahr, dass «heikle Stoffe schnell und kaum verdünnt

ins Trinkwasser gelangen». Starke Regenfälle können die Chemikalien in solchen Zonen direkt ins Trinkwasser spülen.

Christoph Meier vom Verein des Gas- und Wasser-

faches betont, dass «der Boden in solchen Situationen nicht gut als Filter funktioniert und die heiklen Stoffe nicht genug abbaut».

Im Trinkwasser finden sich oft künstliche Stoffe, die nicht hineingehören, etwa Spuren von Unkrautbekämpfungsmitteln wie Atrazin oder S-Metolachlor. Grund: 80 Prozent des Hahnenwassers stammen aus Quell- und Grundwasser. Ein Drittel davon durchläuft keine Aufbereitung. 70 Prozent des Grundwassers im Mittelland enthalten laut Bundesamt für Umwelt zu hohe Mengen an Pestizidrückständen und deren Abbauprodukte. Hauptverursacher sind die Bauern (*saldo* 4/13).

«Wir kriegen den Stoff nur schwer aus dem Trinkwasser»

Experten halten die Konzentrationen in der Regel für nicht gesundheitsgefährdend. Doch es gibt Ausnahmen. Fachleute des Kantons Bern fanden bei Grundwassermessungen von 2011 bis 2014 ein Abbauprodukt von Chloridazon, einem im Rübenanbau üblichen Herbizid. Markus Zeh vom kantonalen Amt für Wasser und Abfall warnt: «Wir kriegen den langlebigen Stoff nur schwer aus dem Trinkwasser raus.» Die Behörden hielten die Bauern an, weniger Chloridazon einzusetzen. Doch die Konzentrationen gingen nicht zurück.

Zulassungsbehörden halten neue Pestizide häufig für

harmloser, als sie tatsächlich sind. Seit 2005 hat das Bundesamt für Landwirtschaft 125 zugelassene Substanzen aus dem Verkehr gezogen. Sie hatten sich aufgrund neuer Studien als gefährlich oder unsicher entpuppt.

Dass sich die Langzeitwirkung von Pestiziden schwer vorhersagen lässt, zeigt auch eine neue Studie der deutschen Uni Koblenz-Landau. Die Forscher haben 11 300 Grundwasserproben aus 73 Ländern ausgewertet. In über 40 Prozent stellten sie mehr Insektengifte fest, als die Maximalwerte der Behörden erlauben. Neue Substanzen schnitten dabei schlechter ab als ältere, Industrieländer schlechter als Entwicklungsländer. Die Wissenschaftler sehen zwei mögliche Ursachen: Bauern halten sich nicht an die Gebrauchsanweisungen. Und die Zulassungsbehörden unterschätzen die Risiken.

Aus Kostengründen werden viele Stoffe gar nicht untersucht

Dazu kommt: Standardmässig untersuchen die Behörden Bäche und Flüsse nur auf die am häufigsten verkauften 4 Insektizide, 5 Fungizide und 22 Herbizide. Beim Grund- und Trinkwasser sind die zuständigen Behörden aus Kostengründen noch zurückhaltender. Beispiel: Der Kanton Solothurn analysiert in der Regel nur 11 Stoffe im Grundwasser. Ge-

mäss einer neuen Studie der Eidgenössischen Wasserforschungsanstalt fanden die Forscher bei einer «Vollerfassung» in Fließgewässern jedoch total 54 Substanzen gegen Unkraut, 31 gegen Pilze und 23 zur Insektenvertilgung. Viele davon seien «sehr toxisch», etwa für Wassertiere.

Für den Bauernverband ist heute schon genug reglementiert

Der schweizerische Bauernverband sieht darin kein Problem. Alexandra Cropt, die Wasserexpertin des Verbands, bestreitet die Notwendigkeit eines Verbots: Der Pestizideinsatz sei heute schon «stark reglementiert» und die Bauern wollten den Gebrauch «so gering wie möglich halten». Was sie nicht sagt: Alle S2-Zonen machen laut Bundesrat nur gerade 1,2 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche aus. Zudem wäre ein Umstieg auf den Bio-Landbau möglich.

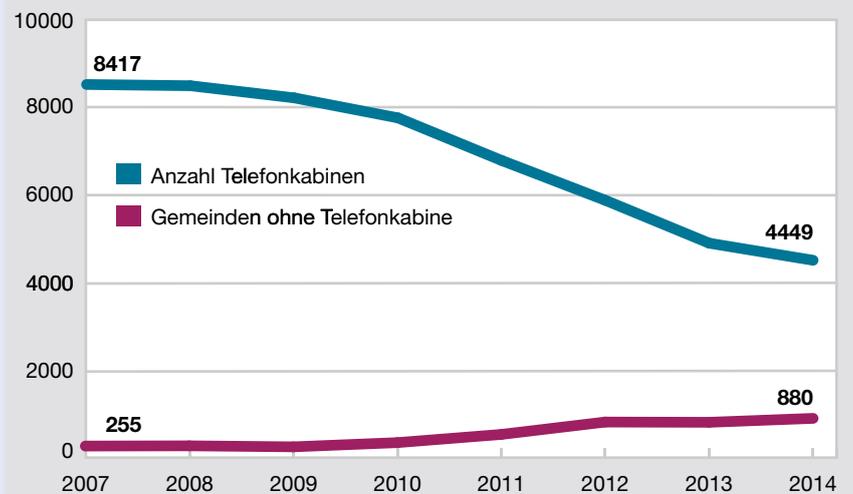
Pikant: Im Jahr 1998 erliess der Bundesrat bereits einmal ein Pestizidverbot für S2-Zonen. Das rief damals die Pharma- und Bauernverbände auf den Plan. Laut Insidern machten sie Druck, indem sie vor Ernteaussfällen und dem Imageschaden für Pestizide warnen. Der Bundesrat kippte daraufhin das Verbot.

Die Landesregierung will bis Oktober über die neue Verordnung zum Gewässerschutz entscheiden.

Eric Breiting

SCHWEIZ IN ZAHLEN

Aussterbende Telefonkabinen



Immer mehr Gemeinden ohne Telefonkabine

Im Jahr 1998 übernahm die Swisscom von der Vorgängerin PTT insgesamt 12 500 Telefonkabinen. Heute betreibt der Monopolist Swisscom gemäss Geschäftsbericht noch 4449 Telefonzellen. Fast zwei Drittel der Telefonkabinen sind verschwunden.

Der grosse Abbau begann im Jahr 2007. Damals vergab der Bundesrat erstmals eine Grundversorgungskonzession. Eine Verordnung legt genau fest, in welcher Gemeinde wie viele Kabinen mindestens stehen müssen.

Die Swisscom kann nach Rücksprache mit den Gemeinden und der Aufsichtsbehörde Comcom aber auch ganz auf Telefonzellen verzichten. In den vergangenen sieben Jahren wurden deshalb 1741 Kabinen aus der Grundversorgung gestrichen. Die Folge: Heute sind aufgrund dieser Verordnung 880 von total gut 2300 Gemeinden ohne

Kabine. Im Jahr 2007 waren es lediglich 255 Gemeinden.

Im November schrieb die Landesregierung im Fernmeldebericht, es sei zu bezweifeln, ob Telefonkabinen ab 2018 noch Bestandteil der Grundversorgung sein werden. Und die zuständige Vizedirektorin des Bundesamts für Kommunikation Bakom sagte in der «Schweiz am Sonntag»: «Wir werden wahrscheinlich den Vorschlag machen, dass ab 2018 auf die Telefonkabinen verzichtet werden kann.» Daran habe sich nichts geändert, bestätigt das Amt gegenüber *saldo*.

2014 gab es noch insgesamt 4449 Telefonkabinen, darunter 3105 Grundversorgungs-Kabinen. 1344 Kabinen betreibt die Swisscom freiwillig. Das zeigt: Ganz so schlecht kann das Geschäft also doch nicht sein. Zahlen gibt die Swisscom nicht bekannt.

yde